

**Einfache Anfrage FDP-Fraktion:
«Spitalpolitik: Fusion der Spitalverbunde durch Notrecht**

Die Jahresabschlüsse zeigten es auf: Einzelne Spitalverbunde haben ihr Eigenkapital (Dotationskapital) bald verzehrt und der Bedarf an Kontokorrentdarlehen aus der Staatskasse für den Betrieb nimmt zu. Eine Fusion der vier Spitalregionen auf operativer Ebene könnte kurz- bis mittelfristig die finanzielle Situation der St.Galler Spitäler entschärfen und eine gute Basis für die Strukturbereinigung legen. Der Kanton bzw. die Spitäler können dadurch die Situation gesamthaft und nicht einzeln beurteilen. Auch die Qualitätsüberwachung und durchlässigere Führungswege könnten befördert werden.

Aufgrund der akuten Finanzprobleme und der drohenden Konkurse wäre eine solche Fusion zu einer Spitalregion unter einer strategischen und operativen Führung allenfalls durch Notrecht umgehend zu vollziehen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde eine Fusion der vier Spitalverbunde mit neun Spitalstandorten zu einem Spitalverbund von der Regierung oder vom Verwaltungsrat geprüft? Welche Überlegungen wurden in diesem Zusammenhang bereits angestellt?
2. Welche Anpassungen der rechtlichen Grundlagen sind notwendig, um diese Fusion (rasch) vorzunehmen?
3. Ist es möglich, diese Fusion per Notrecht umgehend umzusetzen? Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein?
4. Ist die Regierung bereit, diesen Schritt zu gehen?
5. Welchen kurzfristigen Einfluss auf die finanzielle Lage der Spitalverbunde hätte eine solche Fusion?
6. Welchen Einfluss hätte eine Fusion auf die Gewinnabschöpfung bzw. Nachschusspflicht des Kantons?
7. Wie viel Einsparpotential wäre des Weiteren aufgrund der Nutzung von Synergien in den Spitalverwaltungen sowie der Vereinheitlichung der Führung und Organisation einschliesslich Harmonisierung von Reglementen und Weisungen der Spitäler zu erzielen?
8. Wie beurteilt die Regierung eine Fusion in Bezug auf die Standort-Diskussion und in Bezug auf einen optimalen Qualitäts- und Know-how-Transfer?»

8. Mai 2019

FDP-Fraktion